

Vorlage Nr. XI 14/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)

A Problem

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 7/2024) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde von der Feuerwehr zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

B Lösung

Sachstand Entwicklung Einsatzzahlen und Gutachten

In der Vorlage XI 7/2024 wurde berichtet, dass die aus dem Gutachten heraus entstandenen notwendigen Stellenmehrbedarfe durch die Feuerwehr bei den Stellenplananträgen zum Haushalt 2024/2025 berücksichtigt wurden. Hierzu werden zunächst vier Stellen ausgeschrieben, sobald der Haushalt freigegeben ist (2x Disponent:innen, 1x Lagedienst, 1x Datenversorgung IRLS). Begründet ist diese Entscheidung unter anderem damit, da die Besetzung noch in 2024 realistisch erscheint. Darüber hinaus, wurden mit dem Gutachten nicht nur Stellenmehrungen bereits vorhandener Stellen, sondern überdies neue, bisher noch nicht vorhandene Stellen erfasst, die zunächst noch beschrieben und bewertet werden müssen. Diese Erarbeitung und der gesamte Prozess bedürfen einen entsprechenden Zeitansatz. Eine Umsetzung im Jahr 2024 ist nicht mehr realistisch.

Die durch das Gutachten zusätzlich geforderten Stellen führen zwangsläufig dazu, dass der Raumbedarf für die IRLS zunimmt. Hierzu wurde in der Vorlage XI 8/2024 über die räumliche Erweiterung berichtet und, dass die Nutzung von Büroräumlichkeiten einer städtisch angemieteten Liegenschaft geprüft werden. Die Prüfung ist weitestgehend abgeschlossen. Derzeit werden die damit einhergehenden personell, organisatorisch und technisch notwendigen Maßnahmen erarbeitet.

Sachstand Projekt Telenotfallmedizin

An dem in Vorlage XI 7/2024 aufgezeigten und angestrebten Vorhaben, die Telenotfallmedizin in Zusammenarbeit mit Bremen zu projektieren, wird weiterhin festgehalten.

Parallel wird weiterhin an dem in Vorlage XI 8/2023 aufgezeigten Vorhaben gearbeitet, sich als niedersächsische:r Telenotarzt/Telenotärztin-Standort zu bewerben. Hierzu wurde erneut das einvernehmliche Ziel aller drei Gebietskörperschaften der IRLS (Bremerhaven, Landkreis Cuxhaven und Landkreis Osterholz) kommuniziert, eine:n Telenotarzt/Telenotärztin (TNA) in der IRLS zu etablieren. Dieses Vorhaben wird nun gemeinsam forciert und bearbeitet.

Die Entscheidungen zur Standortfestlegung von Telenotarztstandorten in Niedersachsen ist bisher noch nicht erfolgt. In Niedersachsen wird das Ministerium für Inneres und Sport die für die Einrichtung und den Betrieb der TNA-Standorte geeigneten Träger:innen mit deren Ein-

vernehmen bestimmen. Zur Vorbereitung auf eine landesweite (nds.) Abfrage bzgl. dem Interesse und der Eignung für diese Aufgabe, liegt der IRLS der Anforderungskatalog dafür vor. Die geforderten Kriterien, u. a. technische und organisatorische Anforderungen, werden derzeit geprüft.

Sachstand Projekt A-KTW

In der Vorlage XI 7/2024 wurde die Daten- und Faktensammlung zum Betrieb des A-KTW angekündigt. Diese sind weitestgehend abgeschlossen. Ein Termin mit dem entsprechenden Referat beim Senator für Inneres und Sport ist in Vorbereitung und soll noch im III. Quartal 2024 erfolgen.

Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik“

Die Ausschreibungsunterlagen für den technischen Teil der Ersatzbeschaffung des Kommunikations-Management-Systems (KMS) wurden in der 25. KW auf einer Vergabepattform dem alleinig anbietenden Unternehmen zur Verfügung gestellt. Die Frist zur Angebotsabgabe endet am 12.08.2024 um 12 Uhr. Im Weiteren werden die eingereichten Unterlagen von der beauftragten Fachfirma (IDH-consult) geprüft, sodass das Bietergespräch für Ende August/Anfang September terminiert werden kann.

Die Ausschreibungsunterlagen für den nicht-technischen Teil der Ersatzbeschaffung des KMS werden voraussichtlich in der KW 32 veröffentlicht.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung und des daraus folgenden Personalbemessungsgutachtens ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig von dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Personalwirtschaftliche und weitere finanzielle Auswirkungen (z. B. technische Maßnahmen etc.) können die Ergebnisse der Untersuchung und des Gutachtens und die daraus umzusetzenden Maßnahmen verursachen. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Beschaffung des neuen Kommunikations-Management-Systems (KMS) ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig von dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Umsetzung der Einführung eines A-KTW haben sich keine finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt ergeben, da die entstandenen Kosten zur Erweiterung der technischen Ausstattung über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern getragen werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat